

PRÄMIE FÜR JOB-AUFNAHME

„Irre!“ – Heftige Kritik an 1000-Euro-Prämie für Bürgergeld-Empfänger

Stand: 16:57 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Verspottet als sogenannte „Arsch-Hoch-Prämie“ formiert sich nun Kritik am Arbeitsmarktreformpaket der Bundesregierung. Nicht nur der Steuerzahlerverband kritisiert den Anreiz von 1000 Euro für Langzeitarbeitslose, auch Politiker von Union, FDP und Grünen sind unzufrieden.

Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung, mehr Druck auf Bürgergeldbezieher auszuüben, um in den Job einzusteigen, sorgen für Kritik. Der [Kabinettsbeschluss \(/politik/deutschland/article253813980/Regierung-beschliesst-staerkere-Kuerzungen-beim-Buergergeld.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article253813980/Regierung-beschliesst-staerkere-Kuerzungen-beim-Buergergeld.html) sieht unter anderem eine Belohnung für Langzeitarbeitslose vor, die eine längerfristiges Jobverhältnis aufnehmen. Die geplante Zahlung in Höhe von 1000 Euro wird im politischen Berlin bereits als „Arsch-Hoch-Prämie“ verspottet, aber auch Verbände halten diese Zahlung für deplatziert.

CSU-Generalsekretär Martin Huber bezeichnete die Zahlung gegenüber der „Bild“-Zeitung als „blanken Hohn für diejenigen, die seit Jahren ihren Job machen“. Huber sagte weiter: „Die Ampel gefährdet den sozialen Frieden und gießt damit noch mehr Öl ins Feuer.“ Kritik kommt auch vom Bund der Steuerzahler: „Wir zahlen Prämien, damit die Arbeitsaufnahme erfolgt. Irre!“, kommentierte Präsident Reiner Holznagel den Beschluss.

Auch aus den Regierungsparteien formiert sich Kritik. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete und frühere Gewerkschaftsfunktionär Frank Bsirske sagte „Bild“, er halte die Prämie für nicht erforderlich: „Die allermeisten Menschen im Bürgergeld nehmen sowieso einen Job an, wenn sie die Chance dazu haben.“

Die Prämie soll am 1. Januar 2025 inkrafttreten. „Bild“ zufolge (<https://www.bild.de/politik/inland/wenn-sie-ein-jahr-arbeiten-1000-euro-extra-fuer-buergergeld-empfaenger-670005736b98b641347712ec>) wollen Vertreter der Regierungspartei FDP die Einführung noch verhindern. Frank Schäffler, Bundestagsabgeordneter der Freien Demokraten, nannte das Vorhaben ein „Unding“ und forderte: „Die Ausgaben explodieren ja jetzt schon. Die Prämie muss im Bundestag gestoppt werden!“

Der finanzielle Anreiz in dem Reformpaket funktioniert wie folgt: Wenn jemand aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus einen Job annimmt und mindestens zwölf Monate lang behält, soll es auf Antrag 1000 Euro „Anschubfinanzierung“ geben. Arbeitgeber wiederum können künftig einen „Entgeltzuschuss“ erhalten, wenn sie Geflüchtete mit geringen Deutschkenntnissen beschäftigen und für die Teilnahme an einem staatlich geförderten Berufssprachkurs freistellen. Asylbewerbern und Geduldeten soll es zugleich erleichtert werden, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

Die Änderungen beim Bürgergeld gehören zur sogenannten Wachstumsinitiative der Bundesregierung unter Federführung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Dessen erklärtes Ziel ist es, dem Arbeits- und Fachkräftemangel zu begegnen und „für Anreize zu sorgen“.

Prämie soll Gegengewicht sein zu Verlust staatlicher Leistungen

Gegen die Kritik betonte das Wirtschaftsministerium, es gehe um reguläre, nicht geförderte Arbeitsverhältnisse. Gedacht sei die Finanzierung als Anreiz zur Suche nach einer existenzsichernden Beschäftigung. Zudem solle die Prämie ein Gegengewicht bilden zu Verlusten staatlicher Leistungen bei Aufnahme einer Arbeit. „Beschäftigungen mit niedrigeren Einkommen werden durch hohe Abzüge beim Bürgergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld unattraktiv“, hieß es. Das Problem sei im Rahmen der geltenden Rechtsprechung nur schwer zu mindern. Mit der Prämie spare der Staat unter dem Strich Geld.

krö

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <http://www.welt.de/253858376>